

**LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT
MÜNCHEN**

STRAHLENBIOLOGISCHES INSTITUT

Prof. Dr. med. Dr. h. c. Edmund Lengfelder

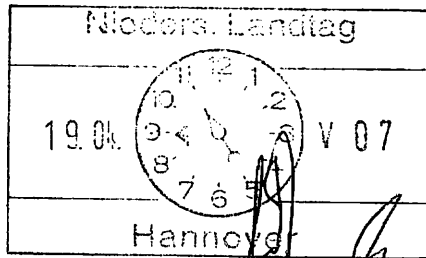
Schillerstraße 42 ♦ D-80336 München

Tel. +49-89-2180-75-833/834

Fax +49-89-2180-75-835

e-mail: Lengfelder@lrz.uni-muenchen.de

17.04.2007



Sehr geehrter Herr Horn,

hiermit schicken wir Ihnen gemäß der Bitte der Landtagsverwaltung den ergänzten Bericht zur Ursachenforschung zur Leukämie in der Elbmarsch als Ausdruck und als pdf-Datei zu.

Mit freundlichen Grüßen!

i. A. Ulrike Kring

techn. Assistentin

<u>1. Nachtrag zur</u>	
Vorlage	14
zu Drs.	2848

14.04.2007

**Ursachenforschung zur Leukämie in der Elbmarsch –
Beispiele der Mechanismen von Verschleierung und Verdunklung in Politik, Wissenschaft,
Wirtschaft und Staatsverwaltung**

Auf Ersuchen der Landtagsverwaltung von Niedersachsen wurde dieser Bericht um die bei der Anhörung am 11.04.2007 von Prof. Lengfelder vorgestellten Materialien ergänzt, er ersetzt den Bericht vom 07.04.2007.

Anfang der 90er Jahre haben die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen wissenschaftliche Kommissionen berufen, um Ursachenforschung wegen der mehrfach erhöhten Leukämie-Inzidenz bei Kindern im Umfeld der Nuklearanlagen KKK Krümmel und des GKSS Forschungszentrum Geesthacht durchzuführen.

Um eine ausgewogene Besetzung der Leukämie-Kommission zu erhalten, hat im Jahr 1992 der damalige Sozialminister Jansen die schleswig-holsteinische Kommission mit 4 Professoren mit eher kritischer Einstellung zur Atomenergie und 4 Professoren, die bekannte Befürworter der Atomenergie waren, berufen. Diese paritätische Besetzung versprach zunächst eine offene und kontroverse Diskussion in der Kommissionsarbeit.

**Erfahrung aus der Analyse der Verschleierungsstrategien zu den Folgen der
Strahlenkatastrophe in Tschernobyl**

Als Arzt und Strahlenbiologe beschäftigt sich Prof. Lengfelder seit 1986 intensiv mit der Untersuchung der Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1990 arbeitet er mit den Mitarbeitern des von ihm geleiteten Otto-Hug-Strahleninstitut – MHM e. V. auch in den Tschernobyl-Regionen von Weißrussland in der Diagnostik und Therapie von Krebs und anderen Pathologien der Schilddrüse und auf dem Gebiet der Radioökologie von Mensch und Umwelt. Seit 1990 ist er mehrmals pro Jahr in den strahlenbelasteten Regionen von Belarus.

Neben den medizinischen und radioökologischen Fragestellungen beschäftigten ihn seit langem die Fragen und Hintergründe der massiven Diskrepanz in den Krankenzahlen und Folgen der Katastrophe zwischen den bagatellisierenden Verlautbarungen und Berichten der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA, des UN-Komitees zur Beurteilung der Effekte der Atomstrahlung (UNSCEAR), der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Europäischen Kommission, von EURATOM und vieler westlicher Staatsregierungen einerseits und andererseits den Ergebnissen der Erhebungen mehrerer internationaler unabhängiger Forschergruppen, darunter auch der von Prof. Lengfelder. Gemeinsam mit der regionalen Gesundheitsverwaltung betreibt das Otto Hug Strahleninstitut in der am stärksten durch Tschernobyl

betroffenen Region Gomel seit 1993 ein Schilddrüsenzentrums mit dem Behandlungs- und Dokumentationsstandard einer westlichen Fachklinik.

Im Mai 1991 wurde der Welt auf einem Kongress der IAEA in Wien das Ergebnis der Tschernobyl-Forschung von 200 westlichen Staatsregierungen entsandt und 500 sowjetischen Wissenschaftlern verkündet: Es gebe keine auf Strahlung zurückführbaren Gesundheitsschäden in der Bevölkerung von Ukraine, Weißrussland und Russland!

Wie einige Jahre später bewiesen werden konnte, lagen den Strahlenfachleuten der IAEA im Jahre 1990 bereits die massiv angestiegenen Fallzahlen (der 30-fachen Erhöhung in Belarus) von Schilddrüsenkrebs bei Kindern vor, der Krebsart, die wegen der Organspezifität des radioaktiven Jods zur Schilddrüse nur durch Tschernobyl ausgelöst sein konnte. Prof. Lengfelder und sein Team haben in den vergangenen 20 Jahren die Mechanismen des Verschleierns, Verdunkelns, der Unwahrheit und des Bagatellisierens studiert, mit denen Organisationen der UNO, der Europäischen Gemeinschaft sowie Regierungen zahlreicher westlicher Staaten mit Hilfe von vielen Akteuren in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die Öffentlichkeit, auch Sie als Abgeordnete und die Bürger Deutschlands, über die Folgen von Tschernobyl in die Irre geführt haben. Dies wurde in mehreren Publikationen dokumentiert.

Mechanismen und Gründe für Verschleierungsstrategien

Es ist für eine Ursachenforschung – besonders bei schweren Gesundheitsschäden - dienlich, wenn Mitglieder von Untersuchungskommissionen selbst Untersuchungen durchführen. Nur so bekommen sie einen größeren Einblick in die Komplexität der Problematik und in die Betroffenheit der Opfer. Natürlich müssen Untersuchungsergebnisse wahr, für einen durchschnittlichen Fachmann nachvollziehbar und unparteilich sein. Nur so lassen sich für die Betroffenen gerechte Entscheidungen und Maßnahmen treffen.

Insbesondere dann, wenn starke wirtschaftliche oder machtpolitische Interessen tangiert sind, gehören folgende Methoden zu den Mechanismen, mit denen interessierte Kreise die wissenschaftliche und analytische Untersuchung von Vorgängen, Ursachen und das Ausmaß einer Schädigung von Dritten zu verbergen trachten:

- Wissenschaftler, Gutachter oder Amtspersonen mit unerwünschten Ergebnissen und Feststellungen
 - werden direkt oder indirekt (durch willfährige Helfer) durch falsche Behauptungen in der öffentlichen Meinung oder in ihrem Arbeitsumfeld verächtlich gemacht
 - werden durch Zuwendungen (z. B. Einkünfte, Forschungsmittel), öffentliche Anerkennungen (Erhöhung des Berufsstatus, Berufung in Gremien) oder rigiden Druck (Anordnung von Vorgesetzten, Mittelentzug, juristische Drohungen etc.) zu einer flexibleren Haltung oder Veränderung des Standpunktes veranlasst.
- Unerwünschte Ergebnisse werden durch in Auftrag gegebene weitere Gutachten mit entsprechenden Erwartungsvorgaben oder durch Auswahl willfähriger oder fachlich ungeeigneter Gutachter relativiert.
- Ein Ereignis wird von einer politischen Führungsebene zum höheren Staatsinteresse erhoben und – im angeblichen Interesse des Staatswohls - der Geheimhaltung unterworfen.

Bevor nun einige Beispiele dafür aus der Tätigkeit der um Aufklärung der Leukämie-Ursachen bemühten Personen vorgestellt werden, erscheint es als nötig, in Deutschland gültige elementare gesetzliche Grundlagen zu benennen:

Art. 2 Grundgesetz

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Art. 34 Grundgesetz

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht.

Bundesverfassungsgericht (1989): Definition der Gesundheitsschädigung

„Als Gesundheitsschädigung ist jedes Hervorrufen oder Steigern eines vom Normalzustand der körperlichen Funktionen des Opfers nachteilig abweichenden Zustandes anzusehen, gleichgültig, auf welche Weise die Beeinträchtigung erfolgt; mit einer Schmerzempfindung braucht sie nicht verbunden zu sein.“

Im Falle des Nachweises, dass die Elbmarsch-Leukämien mit der Freisetzung von Radioaktivität im Zusammenhang stehen, sind in Deutschland durch das **Strafgesetzbuch** folgende Tatbestände mit Strafe bedroht:

§ 222 Fahrlässige Tötung (durch ursächliches Tun oder pflichtwidriges Unterlassen)

§ 223 Körperverletzung

§ 224 Schwere Körperverletzung

§ 226 Körperverletzung mit Todesfolge

§ 230 Fahrlässige Körperverletzung

§ 257 Begünstigung

§ 258 Strafvereitelung

§ 258 a Strafvereitelung im Amt

§ 310 b Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie

§ 311 d Freisetzen ionisierender Strahlung

§ 324 Verunreinigung eines Gewässers

Beispiel 1

Dossier von Dr. Maintz, Vertreter der Hamburger Elektrizitätswerke und der Preussen Elektra AG als den Betreibern des KKK Krümmel

Dr. Maintz war als Vertreter der Betreiber von Krümmel zur ersten gemeinsamen Kommissionssitzung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein am **09.11.1992** als Gast eingeladen. Er unterlag wie alle Anwesenden der Vertraulichkeit und Verpflichtung der Nichtweitergabe von Informationen aus der Sitzung. Trotzdem hat er ein Sitzungsprotokoll und ein Dossier über die von ihm als „Kernenergiegegner“ angesehenen Kommissionsmitglieder angefertigt, das an einen externen Personenkreis versandt wurde. (Maintz 1992) **Anlagen 1 und 2**

In dem Dossier behauptet Maintz, dass aus der Gruppe um Prof. Schmitz-Feuerhake (Wassermann, Scholz, Lengfelder, Kuni) die Kommission massiv dominiert werde. Man habe mit den von diesen ohne die Beteiligung der Kommission erarbeiteten Befunden bereits Fakten geschaffen. Er befürchtet, dass das Leukämie-Cluster verwendet werden könnte, Krümmel abzuschalten. Er glaubt, dass es der Gruppe um Schmitz-Feuerhake mit Hilfe des Vorsitzenden Wassermann gelinge, nur dieses Ziel zu verfolgen und die renommierten Wissenschaftler als Alibi zu benutzen. Maintz: „Ich halte das für gefährlich und meine, wir sollten diese Gefahr ernst nehmen.“

In persönlichen Gesprächen hätten ihm drei Professoren gesagt, dass sie ernsthaft überlegten, die Kommission zu verlassen. Sie wollten nicht mittragen, dass das Cluster mit den damit verbundenen Ängsten und Sorgen der Betroffenen instrumentalisiert werde, um das politische Ziel der Abschaltung von Krümmel durchzusetzen. Maintz beklagt sich auch, dass Mitglieder der kernkraftkritischen Fraktion wahrscheinlich die Vertraulichkeit der Sitzung verletzt und über ihre Untersuchungsergebnisse berichtet hätten. Tatsächlich ist aber er es, der mit dem versandten Dossier die Vertraulichkeit verletzt hat. Maintz: „Ich plädiere dafür, dass HEW und PE den Ministerien jede weitere finanzielle Unterstützung versagen, wenn diese nicht mindestens die Einhaltung der Geschäftsordnung durchsetzen.“

Beurteilung: Prof. Lengfelder hat das Dossier von einem Kleinaktionär der Preussen Elektra AG erhalten. Dieser war darüber erzürnt, dass bei den Aktionären Druck mit der Angst vor dem Rückgang der Gewinne gemacht werde, wenn das KKK Krümmel als Folge der Ereignisse abgeschaltet würde. Offensichtlich ging Maintz davon aus, dass die Versendung des Dossiers an die Aktionäre verborgen bleiben würde. Es ist nachvollziehbar, dass die widerrechtliche Anfertigung des Protokolls und des Dossiers durch Maintz und deren Versendung die gewinnstrebenden Aktionäre veranlassen sollten, gegen alles vorzugehen, was zur Beeinträchtigung der Gewinne – z. B. durch eine vorübergehende Abschaltung des KKK Krümmel - führen könnte.

In dem Dossier werden für die Aktionäre nur die Namen der Kommissionsmitglieder genannt, die Maintz der atomkraft-kritischen Fraktion zurechnet. Damit haben die Aktionäre die Namen der Personen erhalten, gegen die es vorzugehen gilt. Mit keinem Wort geht Maintz auf die Tatsache ein, dass kein Mitglied in der die Atomenergie favorisierenden Professorengruppe der Kommission irgend eine Untersuchung gemacht hat, die zur Aufklärung beitragen könnte. Die um Aufklärung bemühte atomkraft-kritische Fraktion hatte die bis dahin durchgeführten Untersuchungen außerhalb der Kommission und mit eigenen Mitteln durchgeführt.

Schließlich wäre interessant gewesen zu erfahren, was denn als Gegenleistung von den Ministerien für die finanzielle Unterstützung durch HEW und PE erwartet wurde.

Es wurde erreicht, dass Dr. Maintz der Gaststatus entzogen wurde.

Beispiel 2

Machenschaften und Austritt von Prof. Kellerer aus der schleswig-holsteinischen Kommission.

Der Physiker Prof. Kellerer, langjähriges Mitglied der deutschen Strahlenschutzkommission, war und ist ein starker Befürworter der Atomenergie. Auch er war 1992 in die schleswig-holsteinische Kommission berufen worden. Prof. Lengfelder hatte in der Kommissionssitzung am **09.11.1992** mit besonders strahlenempfindlichen Filmen hergestellte Autoradiographie-Bilder von Baumscheiben aus der Elbmarsch gezeigt, auf denen die Jahresringe sichtbar waren. Er hatte es bewusst unterlassen, ein bestimmtes Radionuklid als Verursacher der Schwärzungen zu nennen. Dies sei weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Am **22.12.1992** erschien auf der Wissenschaftsseite der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Artikel, in dem Prof. Kellerer heftige Anschuldigungen gegen Prof. Lengfelder vorbringt, dass dieser Tritium als Ursache der Filmschwärzungen angebe, aber in Wirklichkeit eine dilettantische Untersuchung mit ungeeignetem Filmmaterial und einem milliardenfachen Fehler gemacht habe. (FAZ 1992) **Anlage 3**

Obwohl die Behauptungen von Prof. Kellerer zu den Autoradiographien von Prof. Lengfelder unwahr und frei erfunden waren, fand der Artikel in dieser bekannten Zeitung eine schnelle Verbreitung. Prof. Lengfelder verlangte eine Gegendarstellung, die von der Zeitung am 20.01.1993 abgedruckt wurde. Sein Fazit: Die Strahlenhypothese könnte nur durch Untersuchungen aus der Welt geschafft werden, aber nicht dadurch, dass man die Untersuchungen von vornherein bekämpft, behindert oder damit befasste Wissenschaftler diskreditiert.

Prof. Lengfelder hat den ganzen Vorgang unverzüglich an die zuständigen Minister in Schleswig-Holstein und an die Geschäftsstelle der Leukämie-Kommission in Kiel übergeben. Der Kommissionsvorsitzende hat daraufhin Prof. Kellerer aufgefordert, in der folgenden Sitzung am **11.03.1993** in einem eigenen Tagesordnungspunkt seine Vorwürfe gegen Prof. Lengfelders Untersuchungsverfahren vor der gesamten Kommission zu erläutern und zu belegen. Prof. Kellerer erklärte wenige Tage vor dem Sitzungstermin seinen Austritt aus der Kommission. (MNUL 1993)

Die Haltung von Prof. Kellerer zur Strahlenproblematik zeigt sich auch in seinem Beitrag von 1991 in der Zeitschrift NuklearMedizin. Kellerer war als Mitglied einer von internationalen Organisationen zusammengestellten Expertengruppe in die strahlenbelasteten Gebiete um Tschernobyl gereist. Nach seiner Rückkehr nannte er in seinem Artikel den psychologischen Stress und Angstzustände als Ursache für körperliche Symptome und Wirkungen auf die Gesundheit, sogar für Anämie. (Kellerer 1991)

Auch auf der Jahrestagung Kerntechnik 1993 wiederholt Prof. Kellerer die unwahren Anschuldigungen zum Thema Autoradiographien. Und gerne hören die Vertreter der

Atomwirtschaft Kellerers Botschaft, dass die Nutzung der Kernenergie in Europa keine radiologischen Folgen für die Bevölkerung habe. Und, wer neben seinem Mitmenschen stehe, werde durch dessen natürliche Radioaktivität mehr strahlenbelastet als durch ein Kernkraftwerk in einigen Kilometern Entfernung. (Kellerer 1993)

Beispiel 3

Fortsetzung der Machenschaften von Prof. Kellerer

Am **07.08.1993** erscheint in der Wochenendausgabe des Berchtesgadener Anzeigers ein ganzseitiger Artikel mit dem Titel: Strahlenangst durch Desinformation – ein Schaden für alle! (BerchtAnz. 1993) **Anlage 4** Autor ist der Physiker Franz Wagner, Strahlenschutzbeauftragter am Garching Reaktor, der mit Prof. Kellerer zusammenarbeitet und deshalb nach eigenem Bekunden Detailkenntnisse der Vorgänge habe. Denn Wagner ist außerdem der Ehemann der Sekretärin von Prof. Kellerer im bundeseigenen Strahlenforschungszentrum GSF, wo Kellerer ein Institut leitet. Wagner wiederholt in seinem Artikel fast wörtlich die unwahren und diffamierenden Passagen aus dem Munde von Prof. Kellerer, über die bereits in der FAZ zu lesen war. Bei Wagner war der erfundene Fehler allerdings bereits auf das Zehnbillionenfache angewachsen. Außerdem erweckt Wagner in seinem Artikel den Eindruck, Prof. Lengfelder habe durch Weglassen unbequemer Ergebnisse gemogelt. Und gegenüber Kollegen erklärt Wagner, dass er den Artikel mit Prof. Kellerer durchgesprochen hat.

Der Berchtesgadener Anzeiger hat einige Zehntausend Leser. Von Bedeutung ist der Umstand, dass im August das Berchtesgadener Land für Richter, Staatsanwälte, Ärzte, Anwälte, Unternehmer etc. aus Deutschland ein beliebtes Urlaubsgebiet ist.

Als Prof. Lengfelder im September 1993 im Rahmen einer Anhörung vor dem finnischen Parlament sprach, waren die Behauptungen Wagners im Berchtesgadener Anzeiger vom finnischen Energiekonzern IMATRAN VOIMA OY und der finnischen Strahlenschutzbehörde bereits in finnischen Medien landesweit verbreitet. (ILTA Sanomat 1993) Ausweislich der Fax-Statuszeilen der Papiere, auf die sich ein Vertreter des Energiekonzerns berief, war der Artikel des Berchtesgadener Anzeigers aus den Büros von Siemens-KWU nach Finnland geschickt worden. (Siemens 1993) **Anlagen 5 und 6**

Wegen dieser systematischen Rufschädigung erhob Prof. Lengfelder Klage gegen Franz Wagner vor dem Landgericht München. Es hatte sich inzwischen auch herausgestellt, dass in der Hauszeitschrift von Siemens-KWU „argumente“ vom April 1993 (Siemens-KWU 1993) die unwahren Behauptungen von Prof. Kellerer aus der FAZ abgedruckt und von Siemens mit dem Wagner-Artikel an einen größeren Kreis verschickt worden waren.

Durch Entscheidung des Landgerichts München vom 08.11.1993 wurde Franz Wagner verpflichtet, seine unwahren Behauptungen bei Androhung einer hohen Geldstrafe nicht mehr zu wiederholen. Während des Verfahrens kam auch zur Sprache, dass das Verfahren im Grunde genommen einer anderen Person gelten müsste.

Beispiel 4

Das Gutachten des Ökoinstituts in Darmstadt

Im Jahre 1993 beschloss die Kommission, ein Gutachten anfertigen zu lassen, um eine Analyse der Emissions- und Immissionsdaten des Kernkraftwerks Krümmel zu erhalten. Die Kommission wollte die Auftragsvergabe an das Darmstädter Ökoinstitut, weil man dieses als neutraler und aktiver in der Aufdeckung eventuell störfallbedingter Freisetzungen ansah als z. B. den TÜV. Die Ministerialbeamten in Kiel und insbesondere der damalige Leiter der Reaktoraufsicht Dr. Sauer wiesen mit Nachdruck auf die notwendige Qualifikation einer Gutachterinstitution hin. Wenn es tatsächlich unkontrollierte Freisetzungspfade gebe, von deren Existenz die Überwachungsbehörde bisher keine Ahnung habe, dann könnten die nur von auswärtigen Ingenieuren mit detektivischem Gespür aufgedeckt werden, nicht aber von den unerfahren Leuten des Ökoinstituts.

Wie recht Dr. Sauer hatte, sollte sich bald herausstellen. Denn der recherchierende Physiker Küppers des Ökoinstituts war dem Vernehmen aus dem KKK Krümmel nach etwas überfordert. Deshalb musste ihm ein „Projektbetreuer“ (Zitat aus KKK Kontakte 1995) zur Seite gestellt werden. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit gibt freimütig zu, dass das 250 000-Mark-Gutachten „des nicht gerade kernenergiefreundlichen Ökoinstituts“ unter Mitwirkung des vom Kraftwerk gestellten „Projektbetreuers“ und wahren Kenner des Kraftwerks zustande gekommen ist. „Christian Meyer zu Schwabedissen, von der Krümmel-Hersteller-Firma Siemens KWU als Projektsbetreuer des Öko-Teams ausgeliehen, beschreibt den Gang der Untersuchungen...“ Dann wird die inhaltliche Übereinstimmung in den Aussagen des Projektbetreuers und der Betreuten betont: „In der Zusammenfassung des Öko-Instituts liest sich dieselbe Aussage (Anm.: des Herrn Meyer zu Schwabedissen) so ...“

Anlagen 7 und 8

Bekanntlich hat das Öko-Institut erklärt, dass das Überwachungskonzept des KKK Krümmel lückenlos funktioniert. Es hat allerdings keine Merkwürdigkeiten plausibel erklären können, dass z. B. Dachdosimeter über längere Zeiträume überhöhte und physikalisch nicht erklärbare Werte angezeigt haben.

Beispiel 5

Der verschwundene Peak

In der Kommissionssitzung am 30.11.1995 sollte Dr. Zöllner vom Ministerium für Finanzen und Energie die Ursache für einen großen Schreiberausschlag (Peak) in der Aufzeichnung der Umgebungsdosis in der Reaktor-Fernüberwachung erläutern. (MFE 1995) Dr. Csicsaky aus Hannover hatte im Sommer 1995 bei einer Überwachungssonde in Marschacht unplausible Werte festgestellt, für die die Aufzeichnungen (Schreiberprotokolle) fehlten. Dr. Zöllner zeigte auf einer Folie den Kurvenverlauf der Schreiberaufzeichnung des betreffenden Zeitraums, der keinen Peak aufwies. Frau Lewandowski wies erstaunt darauf hin, dass sie über eine Schreiberaufzeichnung des gleichen Zeitraums und der gleichen Sonde verfüge, auf der ein großer Peak zu sehen sei. Dadurch irritiert erklärte Dr. Zöllner, im Computerprogramm des Fernüberwachungssystems gebe es die Möglichkeit, Peaks in der Schreiberaufzeichnung zu eliminieren, wenn sich diese als unplausibel herausgestellt hätten. Dr. Zöllner meinte, mit dem Computer könne man jeden Kurvenverlauf erzeugen, den man wolle.

Mehrere Kommissionsmitglieder äußerten ihre grobe Missbilligung der Auskünfte und Vorgehensweise von Dr. Zöllner. Auch wurden Hinweise laut, dass die Eliminierung eines Schreiberpeaks als Urkundenfälschung angesehen werden könnte. Dr. Zöllner bemühte sich wortreich, diesen Verdacht wieder zu entkräften. Bei der Mehrheit der Kommissionsmitglieder verfestigte sich aber die Einschätzung, dass den Angaben der Reaktorfernüberwachung und seiner Auswerter und den der Öffentlichkeit übergebenen Angaben zur Strahlenbelastung der Umgebung nicht mehr vorbehaltlos vertraut werden könne.

Beispiel 6

Krasse Unterschiede bei der Auswertung von Blutproben auf Chromosomenaberrationen durch verschiedene Laboratorien

Es ist bekannt, dass in strahlenexponierten Zellen Chromosomenaberrationen auftreten, deren Zahl dosisabhängig ist. Für die biologische Dosimetrie werden Lymphozyten kultiviert und die Zahl dizentrischer Chromosomen (DiCs) ermittelt. Als Nullwert einer unbestrahlten Probe gelten unter Zytogenetikern 0,4 DiCs auf 1000 Metaphasen bei gesunden Erwachsenen. Um eine mögliche Strahlenbelastung der Kinder in der Elbmarsch zu untersuchen, wurden Blutproben von Kindern aus der Elbmarsch mit Blutproben von Kindern aus der Region Plön (als Vergleichsgruppe) untersucht. Da eine Nachkontrolle von Untersuchungsergebnissen wegen der immensen Zahl der zu untersuchenden Zellen in der Regel nicht erfolgt, müssen die Angaben von Laboratorien als gegeben hingenommen werden. Wenn ein Labor nichts Auffälliges findet, kann das am Fehlen einer Strahlenbelastung ebenso liegen wie an Mängeln bei der Auswertung.

An der ersten Studie waren 4 Laboratorien beteiligt:

Institut für Strahlenbiologie (Prof. Bauchinger) GSF Neuherberg,
Bundesgesundheitsamt (Dr. Fender) Berlin Karlshorst
Bundesamt für Strahlenschutz (Dr. Stephan) Neuherberg
Medizinische Physik (Prof. Schmitz-Feuerhake) Universität Bremen

In der Gesamtauswertung zeigte sich, dass kein nennenswerter Unterschied der Aberrationszahlen zwischen den Befunden aus der Elbmarsch und denen aus Plön zu verzeichnen war. Allerdings fiel eine ungewöhnliche Geschlechtsverteilung auf (überwiegend bei Mädchen). Genauere Analysen ergaben Unstimmigkeiten bei der Kodierung der Proben und bei der Erfassung möglicher Vorbelastungen (z. B. durch Flugreisen).

Deshalb beschloss die Kommission, eine Nachuntersuchung bei Kindern aus Plön unter strenger Beachtung des Doppel-Blind-Systems durchzuführen. Mit der Durchführung wurde Prof. Lengfelder beauftragt. Neben der präzisen Dokumentation jedes Einzelschritts der Untersuchung hat Prof. Lengfelder auch in einer Röntgenanlage mit definierter Strahlendosis bestrahlte Blutproben in die Untersuchung eingeführt, um die Zuverlässigkeit und den Qualitätsstandard der für die Nachuntersuchung ausgewählten Labors (Bremen und Berlin) zu testen. Die Laboratorien wussten nicht, welche Probe bestrahlt war. Sie mussten also bei allen Proben genau arbeiten.

Bei der Auswertung stellte sich heraus, dass das Bremer Labor die bestrahlte Testprobe fand und die dort aufgetretene Aberrationszahl (11 DiCs) genau bestimmen konnte. Das Berliner

Labor fand keine DiCs in der bestrahlten Probe. Eine nochmalige Nachkontrolle in einem weiteren, bisher nicht beteiligten Labor mit den nochmals kodierten Proben bestätigte das bereits vorhandene Ergebnis. Damit stand fest, dass das Labor des Bundesgesundheitsamtes in Berlin (Dr. Fender) nicht den geforderten Qualitätsstandard erfüllte und dessen Ergebnisse nicht verwertbar waren. Prof. Harder, Mitglied der Kommission, versuchte sowohl in Kommissionssitzungen als auch in Schreiben mit sehr merkwürdigen Aktionen und Zahlenakrobatik (0=11), das Labor der Bundesbehörde und die Laborleiterin Dr. Fender in Schutz zu nehmen. Die Kommission hat diese Machenschaften mehrheitlich zurückgewiesen und die Chromosomenstudie der Kinder wegen qualitativer Mängel als insgesamt nicht belastbar klassifiziert.

Zur Haltung von **Prof. Harder**, Physiker an der Universität Göttingen und langjähriges Mitglied der deutschen Strahlenschutzkommission, noch ein kennzeichnendes Detail. Er gab der Deutschen Pressagentur am **25.05.1994** ein Interview. Die DPA: „Wie Prof. Harder mitteilte, lässt sich das in der Umgebung von Kernkraftwerken – beispielsweise in der Elbmarsch – registrierte Phänomen der Leukämiecluster nicht auf Strahlenbelastung zurückführen. Als wahrscheinlichste Ursache für das regionale Auftreten von Leukämieerkrankungen von Kindern nannte der Wissenschaftler das zu schwache Trainieren des kindlichen Immunsystems.“

Beispiel 7

Aktionen von Politikern aus den Reihen der FDP

Die FDP Politikerin **Dr. Christel Happach-Kasan** begleitet die Kommissionsarbeit seit Anbeginn mit dem Vorwurf der Nutzlosigkeit der Untersuchungen und mit dem nachhaltigen Eintreten für die Segnungen der Kernenergie. Dabei wird sie nicht müde, die falschen Behauptungen von Prof. Kellerer in Sachen Autoradiographie und Tritium weiter aufrecht zu erhalten. Eine unter ihrem Namen verfasste Zeittafel der Geschichte der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission enthält mehrere Falschmeldungen und Fehleinschätzungen, darunter die Falschaussage, Autoradiogramme von Prof. Lengfelder als Nachweis für Tritium seien im Stern-Bericht 48/1992, sie seien aber angeblich widerlegt. Unbeirrt verteilt die Abgeordnete, die als Atomkraft-Lobbyistin tätig ist, dieses Papier weiterhin. **Anlage 9**

Ihr Parteikollege Prof. Priesmeyer, FDP Parteivorsitzender des OV Geesthacht und Mitarbeiter der GKSS, hält ebenfalls an den Falschaussagen von Prof. Kellerer fest und fragt noch vor kurzem bei Prof. Lengfelder nach, ob er noch zu Tritium als Ursache der Autoradiographie-Schwärzung stehe.

Derlei Ignoranz und engstirnige Verbohrtheit ist kaum geeignet, den von der Leukämie und von der Angst betroffenen Menschen im Umkreis der Geesthachter Nuklearanlagen zu Gerechtigkeit, d. h. zur Aufdeckung der wahren Ursachen zu verhelfen.

Schließlich sollte noch **Prof. Streffer** genannt werden, ebenfalls langjähriges Mitglied der deutschen Strahlenschutzkommission und von der schleswig-holsteinischen Landesregierung als Obergutachter für die Beiträge zahlreicher Fachleute zum Strahlenbiologische Gutachten bestellt. Er erklärt am 31.07.1993 in der Wirtschaftszeitung AKTIV im Zusammenhang mit Sicherheits- und Krebsrisiken durch Kernkraftwerke: „In Deutschland sieht so mancher

nicht, dass wir unseren hohen Wohlstand dem technologischen Fortschritt verdanken. Hochtechnologie wird sogar verteufelt. Dabei ist sie notwendig, um unseren Lebensstandard zu erhalten und gleichzeitig unserer Umwelt den angemessenen Schutz zu gewähren.“
Frage: Und dazu gehört auch die Kernenergie? „Ja, denn sie hilft, für die nächste Generation Umwelt, Rohstoffe und Klima zu erhalten. . . “

Selbst diese Fehleinschätzung kennzeichnet den Lobbyismus dieses Wissenschaftlers.

Beispiel 8

Erklärung der Stadt Geesthacht zum Feuerwehreinsatz auf dem Gelände der GKSS in 09/1986

Es gibt zahlreiche Indizien, die den Verdacht erhärten, dass es im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg der Beta-Aktivität im Freien am 12.09.1986 um die Nuklearanlagen nahe Geesthacht auch einen Brand in oder im Umfeld der GKSS gegeben hat. Auf Nachfrage nach den Einsatzprotokollen des fraglichen Zeitraums hatte die Leitung der Feuerwehr bereits erklärt, bei einem Brand im Feuerwehrhaus (!) seien die entsprechenden Unterlagen alle vernichtet worden. Zum Thema Feuerwehreinsatz auf dem Gelände der GKSS (mit Freisetzung von Radioaktivität) hat sich die GKSS im Jahr 2005 an die Stadt Geesthacht gewandt. Im Schreiben an die GKSS vom 10.06.2005 erklärt die Stadt Geesthacht: „Weder bestehende Unterlagen noch Rückfragen bei Einsatzkräften können einen solchen Sachverhalt bestätigen.“ **Anlage 10**

Die Formulierung hat es in sich und gibt für alle Varianten des realen Geschehens genügend Spielraum für eine passende Interpretation. Wenn die Unterlagen verbrannt sind, dann bestehen sie nicht mehr. Auch die Formulierung „Rückfragen bei Einsatzkräften“ lässt offen, ob beliebige Einsatzkräfte oder solche befragt wurden, die nachweislich an diesem Tag in oder im Umfeld der GKSS im Einsatz waren.

Beispiel 9

Wissenschaftler werden verächtlich gemacht

In der Anhörung im Landtag in Hannover hat Dr. Cloosters vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein am 11.04.2007 den Standpunkt seiner Landesregierung vorgetragen. Dabei hat er die Ergebnisse der Gruppe ARGE PhAM abqualifiziert und sie - dem Sinne nach - als nicht glaubwürdig kritisiert. Cloosters Kritik galt insbesondere Herrn Gabriel, Mitglied der ARGE PhAM. Dieser habe sich geweigert, der Staatsanwaltschaft Proben zur Untersuchung zu übergeben. Deshalb sei eine Beschlagnahme der Proben bei Gabriel erforderlich gewesen. Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft die Proben beschlagnahmen musste, sei ein Beweis für die Unzuverlässigkeit und mangelnde Glaubwürdigkeit von Gabriel.

Prof. Lengfelder zeigte am Beispiel dieser Aussagen von Dr. Cloosters, wie Verächtlichmachung funktioniert. Denn der hatte durch falsche Darstellung und Weglassen einer wichtigen Information das negative Bild von Herrn Gabriel gezeichnet. Es ist belegt, dass Herr Gabriel der Staatsanwaltschaft je eine Teilmenge der verschiedenen Proben übergeben hatte, die für Untersuchungen erforderlich und ausreichend waren. Die unter merkwürdigen

Umständen zustande gekommene und durch das Amtsgericht Lübeck verfügte Beschlagnahme der übrigen Probenanteile bei Gabriel zu Hause wurde danach vom Landgericht Lübeck als ungerechtfertigt verurteilt. (Schalch 2007)

Aber diese wesentlichen Punkte hat Dr. Cloosters nicht vorgetragen.

Ergänzung

In der Anhörung in Hannover wurden Daten aus dem Forschungsbericht zu den von Prof. Lengfelder durchgeführten autoradiographischen Untersuchungen gezeigt. (Lengfelder 1993) Nur Bäume aus der Elbmarsch zeigten die Abbildung von Jahresringen durch Schwärzungen auf Spezialfilmen. Gleiche Bäume aus Oberbayern zeigten keine Schwärzungen.

Anlagen 11 und 12

Verzeichnis der Quellen

BerchtAnz. 1993	Berchtesgadener Anzeiger vom 07.08.1993, Artikel von Franz Wagner: Strahlenangst durch Desinformation – ein Schaden für alle!
FAZ 1992	Artikel in der FAZ vom 22.12.1992: Wenig Tritium im Holz – Die Bäume aus der Elbmarsch/Dilettantische Untersuchung
ILTA Sanomat 1993	Finnische Zeitung ILTA Sanomat vom 08.09.1993
Kellerer 1991	Kellerer, A. M.: Auswirkungen, Maßnahmen sowie erkennbare und vermutete Effekte in der UdSSR nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. NuklearMedizin 30, 233-240 (1991)
Kellerer 1993	Kellerer, A.M.: Kernenergie in Europa und ihre radiologischen Folgen. Atomwirtschaft Juli 1993
KKK Kontakte	Hauszeitschrift KKK Kontakte der Kernkraftwerk Krümmel GmbH, Januar 1995
Lengfelder 1993	Lengfelder, E. und Frenzel, Ch.: Forschungsbericht über autoradiographische Untersuchungen für die Leukämiekommision des Landes Schleswig-Holstein, MNUL 1993
LG 1993	Prozess vor der Zivilkammer des Landgerichts München 1 am 08.11.1993, AZ 9 0 19 220/93
Maintz 1992	Dossier des Vertreters der Hamburger Elektrizitätswerke und der Preussen Elektra AG Dr. Maintz vom 10.11.1992, versandt an Aktionäre
MFE 1995	Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Protokoll zur Kommissionssitzung am 30.11.1995
MNUL 1993	Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein, Tagesordnung zur Kommissionssitzung am 11.03.1993

Schalch 2007	Vorlage Dr. Schalch (ARGE PhAM) vom 10.04.2007 zur Anhörung im Landtag Hannover „Leukämie in der Elbmarsch“ am 11./12.04.2007
Siemens 1993	Eidesstattliche Versicherung des SIEMENS Referatsleiters „Öffentlichkeit Ausland“/Unternehmensbereich Energieerzeugung Otto Wildgruber zum Prozess gegen F. Wagner am 08.11.1993
Siemens-KWU 1993	Siemens-KWU Argumente Nr. 90 vom 05.04.1993

Nachfolgend die im Text genannten Anlagen

halt 1993 einbringen. Weil die Gesetzgebung für Kerntechnik beim Bund liege, wolle er eine Bundesbeteiligung an den Kosten verlangen. Darüberhinaus solle man sich Gedanken machen über die Einwerbung von Drittmitteln.

B Epilog.

1. Prof. Wassermann ist Vorsitzender der schleswig-holsteinischen Kommission. Er wurde trotz des Protestes renommierter Wissenschaftler, die vortrugen, daß sie gewohnt seien, den Vorsitzenden zu wählen, von Minister Heydemann eingesetzt, weil Wassermann das Vertrauen der Bürgerinitiative besitze. Unter seiner Leitung wird die Kommission von den Mitgliedern der Bürgerinitiative und der Gruppe um Frau Schmitz-Feuerhake (Wassermann, Scholz, Lengfelder, Kuni) massiv dominiert.

Ohne Beteiligung der Kommission schaffen sie systematisch "Fakten" - biologische Dosimetrie, Tritium-Szenario, Edelgasszenario, Störfallhypothese, Mithringen von Personen, die sie zu Kommissionsmitgliedern machen wollen - auf die die Kommission nur noch reagieren kann.

Beispiele: die biologische Dosimetrie von Frau S.-F. an Kindern führte zu einer aufwendigen Doppelblindstudie. Bevor die Ergebnisse vorliegen, untersucht und publiziert Frau S.-F. Dosimetriegergebnisse an Erwachsenen, ohne vorher die Kommission zu unterrichten. Eine weitere Doppelblindstudie, diesmal an Erwachsenen, ist die Reaktion. Auf dem Feld der Epidemiologie geschieht Analoges: die Daten der Michaelisstudie werden manipuliert, neue Studien aufgelegt.

Der IAEQ-Bericht zur Betriebssicherheit wird zum Anlaß genommen, Sicherheitsfragen zum KKK breit zu diskutieren, die ohne jeden Zusammenhang mit der Leukämiehäufung stehen und zu weiteren Untersuchungen führen sollen: Sicherheitsgutachten durch das Öko-Institut.

In den ersten Berufungsschreiben der Kommissionsmitglieder war das später auf Protest einzelner Wissenschaftler widerrufenes Ziel formuliert worden, Beweise dafür zu finden, daß das Kraftwerk Krümmel Verursacher des Leukämieclusters sei.

Mein Eindruck ist, und er wird von etlichen Kommissionsmitgliedern geteilt, daß es der Gruppe um Frau S.-F. gelingt, mit Hilfe des Vorsitzenden Wassermann nur dieses Ziel zu verfolgen, und die renommierten Wissenschaftler als Alibi zu benutzen. Ich halte das für gefährlich und meine, wir sollten diese Gefahr sehr ernst nehmen. In persönlichen Gesprächen haben mir drei Professoren gesagt, daß sie ernsthaft überlegen, die Kommission zu verlassen, weil sie nicht mittragen wollen, daß das Cluster mit den damit verbundenen Ängsten und Sorgen der Betroffenen instrumentalisiert wird, um das politische Ziel der Abschaltung von Krümmel durchzusetzen.

2. Die Angriffe der Kernenergiegegner richten sich häufig automatisch auch gegen die Aufsichtsbehörde. Dadurch kommt Herr Sauer in die pikante Lage, indem er seine Behörde verteidigen muß, auch den Betreiber zu verteidigen. Das macht er sehr geschickt.

3. Heute informierten die Medien über die gestrige Veranstaltung, dabei wurden auch Einzelheiten der Autoradiographie erwähnt, über die in der Sitzung Stillschweigen

Anlage 1

Aufzeichnungen von Dr. Maintz (Vertreter von HEW und Preussen Elektra) über die gemeinsame Kommissionssitzung Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 09.11.1992 mit Dossier (Epilog): Das Material wurde widerrechtlich an Aktionäre weitergegeben.

vereinbart worden war. Ich habe keinen Zweifel, daß die Informationen von den Herren Lengfelder und Hoffmann (Mitarbeiter von S.-F.) stammen, letzteren habe ich des öfteren bei Rundfunk- und Presseinterviews beobachtet, Lengfelder berichtete ungeniert in der öffentlichen Veranstaltung am Abend nach der Sitzung der Kommission, an der Frau Welte und ich teilnahmen. Nach der Geschäftsordnung müßten die beiden Herren von der weiteren Mitarbeit in der Kommission ausgeschlossen werden. Ich plädiere dafür, daß HEW und PE den Ministerien jede weitere finanzielle Unterstützung versagen, wenn diese nicht mindestens die Einhaltung der Geschäftsordnung durchsetzen.

4. Die von Wassermann zum Schluß der Sitzung vorgetragene Behauptung, daß in der Michaelisstudie 4 Leukämiefälle unberücksichtigt geblieben seien, ist in der Tat von Bedeutung, da sie die Statistik und damit die Gesamtbewertung verändern könnte. Der Umstand, daß Wassermann seine Aussage zu einem Zeitpunkt machte, als Prof. Michaelis die Sitzung schon verlassen und deshalb keine Möglichkeit hatte, Stellung zu nehmen, belegt den unter redlichen Wissenschaftlern unüblichen, unkollegialen Stil von Wassermann. Es drängt sich der Verdacht auf, daß W. vorsätzlich handelte, um seine Einschätzung öffentlich äußern zu können und damit entsprechende Meldungen in den Medien auszulösen.

Hamburg, den 10.11.92



(Dr. E. Maintz)

Anlage 2

Aufzeichnungen von Dr. Maintz (Vertreter von HEW und Preussen Elektra) über die gemeinsame Kommissionssitzung Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 09.11.1992 mit Dossier (Epiolog): Das Material wurde widerrechtlich an Aktionäre weitergegeben.

Natur und Wissenschaft

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dienstag, 22. Dezember 1992, Nr. 297 / Seite N1

Wenig Tritium im Holz

Die Bäume aus der Elbmarsch / Dilettantische Untersuchung

Warum in der niedersächsischen Gemeinde Elbmarsch eine überdurchschnittlich große Zahl von Leukämiefällen aufgetreten ist, bleibt rätselhaft. Insgesamt sechs Kinder und Jugendliche sind dort in den letzten Jahren an Blutkrebs erkrankt – viel mehr, als durchschnittlich zu erwarten gewesen wäre. Viele Bewohner der Region vermuten, radioaktives Tritium aus dem Kernkraftwerk Krümmel sei die maßgebliche Ursache. Sie fühlten sich bestätigt, als kürzlich angebliche Hinweise auf eine Anreicherung dieses Radionuklids in Jahresringen von Bäumen präsentiert wurden. Diese Ergebnisse haben sich aber inzwischen als unhaltbar erwiesen.

Der Münchner Strahlenbiologe Edmund Lengfelder und der Bremer Strahlenphysiker Heiner von Boetticher hatten in Baumscheiben aus der Elbmarsch scheinbar Anzeichen für eine Anreicherung von Tritium entdeckt. Als Beleg hierfür werteten sie Schwärzungen auf Röntgenfilmen. Die Filme hatten monatelang auf den Baumscheiben gelegen. Der schleswig-holsteinische Umweltminister Berndt Heydemann machte die Befunde bereitwillig und – wie es scheint – ohne Überprüfung durch andere Strahlenfachleute öffentlich bekannt. Der Bericht erregte großes Aufsehen.

Nun haben Dietrich Harder und Justin Porstendörfer vom Institut für Biophysik der Universität Göttingen die Jahresringe solcher Baumscheiben mit einem aufwendigen Verfahren untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß der Tritium-Gehalt des Holzes nicht oder höchstens unwesentlich erhöht ist. Es fanden sich keine Hinweise auf eine Freisetzung großer Mengen radioaktiver Spaltprodukte aus dem Kernreaktor. Von Baumscheiben, die ihnen aus Bremen zur Verfügung gestellt worden waren, hatten die Forscher Proben von einzelnen Jahresringen entnommen. In diesen fand man keine unterschiedliche Tritium-Anreicherung.

Wie aus früheren Untersuchungen bekannt ist, schwankt der Gehalt dieses Radionuklids, das in der Natur durch kosmische Strahlung entsteht, in biologischem Material erheblich. Eine Aktivität von durchschnittlich 100 Becquerel je Kilogramm Holz kann als normal gelten. Eine höhere Aktivität wurde auch jetzt nicht festgestellt, auch nicht in jenen Jahresringen, die zuvor anscheinend den Röntgenfilm geschwärzt hätten. Die gemessene Strahlungsaktivität liegt im Bereich der Nachweisgrenze des am Göttinger Isotopenlabor verwendeten Gerätes. Sie läßt sich

daher nicht genau angeben, kann aber allerhöchstens 200 Becquerel je Kilogramm Holz betragen haben. Insgesamt lag die Strahlungsaktivität im Vergleich zu anderen Gebieten kaum meßbar höher.

Renommierete Wissenschaftler hatten von Anfang an ihre Verwunderung darüber geäußert, daß aus den Schwärzungen der Röntgenfilme derart weitreichende Schlüsse gezogen worden waren. Schließlich war man schon im Juli dieses Jahres am Institut für Radiochemie der Technischen Universität München zu dem Ergebnis gekommen, daß die Tritium-Konzentration in Bäumen aus der Elbmarsch unauffällig ist. Damals waren bis zu rund 30 Becquerel je Kilogramm Holz gemessen worden. Die Münchner Wissenschaftler hatten allerdings nicht zwischen einzelnen Jahresringen unterschieden.

Das wichtigste Ergebnis der neuen Untersuchungen ist zweifellos, daß aus dem Tritiumgehalt des Holzes auf keinen Fall abgeleitet werden kann, große Mengen dieses Radionuklids seien aus dem Kernkraftwerk in die Umwelt gelangt. Wäre Tritium die Ursache der Leukämien, hätte man in den Jahresringen eine unvergleichlich höhere Aktivität finden müssen. Der Vorstand des Strahlenbiologischen Instituts der Universität München, Abrecht M. Kellerer, hat dieser Tage schwere Versäumnisse bei den Untersuchungen mit den Röntgenfilmen angeprangert. Die Filme seien für das Vorhaben völlig ungeeignet gewesen. Infolge einer Beschichtung könnten nur zwei Prozent der vom Tritium abgegebenen Betastrahlung auf die Filme gelangen.

Schon aus der Gebrauchsanweisung hätte man ableiten können, daß eine Aktivität von 100 Milliarden Becquerel je Kilogramm Holz nötig gewesen wäre, den Film zu schwärzen. Durch eine einfache Messung mit einem Szintillationszähler – dessen Empfindlichkeit ist nullardensfach höher – hätte man die Vergeblichkeit der Bemühungen erkennen können. Kellerer drängt darauf, daß die beteiligten Wissenschaftler und Politiker ihre „haltlosen Aussagen“ gegenüber der getäuschten Bevölkerung unmißverständlich richtigstellen.

Diese Forderung erscheint dringend geboten, geht es doch darum, den wirklichen Grund für die Häufung der Leukämieerkrankungen zu finden. Solche „Nester“ oder Cluster, die auch in Regionen ohne kerntechnische Anlagen immer wieder auftreten, geben den Wissenschaftlern ein großes Rätsel auf. R.W.

Anlage 3

Artikel in der FAZ vom 22.12.1992 mit falschen, diffamierenden Anschuldigungen des Mitglieds der Leukämiekommission Prof. Kellerer gegen Prof. Lengfelder

Strahlenangst durch Desinformation - ein Schaden für alle!

Wie mit der Krankheit von fünf Kindern Politik gemacht wird
Von Diplom-Physiker Franz M. Wagner, München

Vor geraumer Zeit wurde in den verschiedensten Veröffentlichungen viel über die an Leukämie erkrankten Kinder in der Elbmarsch geschrieben. Dazu erhielten wir jetzt von Diplom-Physiker Franz M. Wagner aus München den nachfolgenden Beitrag. Der gebürtige Berchtesgadener - sein Vater war Leiter der Kurkapelle - ist wissenschaftlicher Angestellter an der Universität München und Strahlenschutzbeauftragter des Forschungsreaktors Garching. Außerdem arbeitet er mit dem in dem Artikel erwähnten Prof. Kellerer zusammen und hat daher einige Detailkenntnisse der geschilderten Vorgänge.

Vor einigen Jahren wurde von der Bundestagsfraktion der GRÜNEN per Zeitungsannonce ein Referat für Probleme der Kernenergie gesucht. Im Anforderungsprofil hieß es: „Fachkenntnisse sind nicht unbedingt Voraussetzung.“ Genau das ist der Punkt, woran die Kernkraftdiskussion in Deutschland so sehr krankt: Qualifikation darf durch Ideologie ersetzt werden. Auf diese Weise wurde es möglich, daß missionierende Kernkraftgegner, unterstützt von einer einseitig oder falsch informierenden Presse bei der Bevölkerung Angst und Endzeitstimmung verbreiten. Leider verdrängt diese Angst und der ideologische Druck manchmal sogar die Sachkenntnis kundiger Menschen in verantwortlichen Positionen an Hochschulen oder Ministerien. Unbewiesene Meinungen werden in der Tagespresse als „kritische Wissenschaft“ oder „Szenario“ präsentiert, Äußerungen fachlicher Institutionen werden durch Weglassen oder Kommentierung manipuliert, oft einfach ignoriert. Die Kampagne gegen die niedersächsischen Atomanlagen in Krummel und Geesthacht soll hier stellvertretend für viele ähnliche Fälle dargestellt werden.

Leukämie in der Elbmarsch

Es begann mit dem gehäuften Auftreten von Leukämie bei Kindern, die in einer Entfernung von 0,5 bis 5,0 Kilometer von den genannten Anlagen an der gegenüberliegenden Elbuferstraße wohnen. Seit 1990 nicht eine von niedersächsischen Sozialministerium eingesetzte Expertenkommission „Leukämie in der Elbmarsch“ nach den Ursachen, konnte sie aber weder in der Luft noch im Wasser, nicht in den Baumaterialien der Häuser oder in den Krankengeschichten der Familien finden. So gerieten schließlich auch die nuklearen Anlagen als Verursacher in Verdacht. Für die Presse war sofort alles klar: „Kernenergie - die schlechteste Katastrophe/Radioaktivität: Kindern droht Krebs - Tiere und Pflanzen verändern sich/... Überdurchschnittliche Anzahl von Leukämiefällen in der Nähe von Atomstandorten“ war zum Beispiel ein dpa-Bericht vom 24./25. Mai 1993 überschrieben. Im „SPIEGEL“ 22/1993 sollte ein Bild der nuklearen Anlagen neben dem eines kranken Kindes den Zusammenhang herstellen. Immerhin war in den Presseberichten eine Angabe richtig: In der Samtgemeinde Elbmarsch waren 80mal mehr Kinder unter 15 Jahren an Leukämie erkrankt als im Bundesdurchschnitt. Leider wurden jedoch praktisch alle Tatsachen verschwiegen, die für die Bewertung dieser beangstigenden Angabe notwendig sind. Die scheinbar genaue Zahl 85 beruht nämlich auf einer Statistik mit insgesamt fünf kranken Kindern aus 1500 gesunden (nicht gezählt wurden ein Jugendlicher und ein weiteres krankes Kind in 15 Kilometer Entfernung). Statistisch waren aber nur 0,06 Fälle in der Elbmarsch zu erwarten. Kann das noch eine zufällige statistische Schwankung sein? Diese Frage kann ziemlich präzise beantwortet werden: Im Deutschen Kinderkrebsregister, geführt von der Universität Mainz, sind etwa 5000 Leukämien in rund 8000 Gemeinden registriert, und tatsächlich traten in weiteren fünf Gemeinden (auch weitab von nuklearen Anlagen) nahezu ebenso bedeutsame Häufungen auf. Der Zufall

könnte also tatsächlich die Häufung erzeugt haben, aber nur mit der Wahrscheinlichkeit, wie etwa der für fünf Richtige im Lotto. Auch die Expertenkommission schließt die Ursache „Zufall“ in ihrem Bericht vom November 1992 nicht aus, will sich aber natürlich darauf genauso wenig verlassen wie das zuständige Ministerium - daher die aufwendige Untersuchung.

Machen Kernreaktoren krank?

Anscheinend waren dem „SPIEGEL“ die fünf Elbmarsch-Fälle zu wenig aussagekräftig; denn er grub noch eine Reihe älterer Krebsstatistiken als angebliche Belege für das erhöhte Risiko aus. Unter anderem zitierte das Wochenblatt eine längst überholte Studie des Instituts für Strahlenhygiene, Neuberger bei München, in der das Gebiet um den Forschungsreaktor der Technischen Universität München in Garching untersucht wurde. In einem Umkreis von fünf Kilometern um das „Atomel“ erkrankten von 1978 bis 1981 drei Kinder Leukämie. Drei Fälle kommen, wie im Deutschen Kinderkrebsregister nachzulesen ist, in beinahe 100 anderen untersuchten Regionen ebenfalls vor, können also nicht als „auffällig“ gewertet werden. Der „SPIEGEL“ verschweigt außerdem, daß in der Folgestudie von 1983 bis 1989 für dasselbe Gebiet kein Fall mehr auftaucht - dies, obwohl die Tritiumemissionen des Garchinger Reaktors seit 1980 höher sind. Seit Jahrzehnten sind viele Einwohner der umliegenden Ortschaften - manchmal mehrere aus einer Familie - im Garchinger Forschungsgelände tätig. Trotz des hohen Durchschnittsalters der aktiven oder schon im Ruhestand lebenden Reaktor-Mitarbeiter kommt eine durch Strahlung erzeugbare Krankheit wie Krebs nicht gehäuft vor; der Krankenstand liegt mit 2,0 bis 4,0 Prozent niedrig, und alle Kinder der Mitarbeiter sind gesund.

Nach den Erkenntnissen des Instituts für Medizinische Statistik und Dokumentation an der Universität Mainz treten in der Umgebung deutscher Kernkraftwerke genauso viele Leukämien auf wie anderswo. Aufgrund der Strahlenüberwachung aller beruflich strahlenexponierten Personen ist Technik und Medizin sowie vieler anderer Untersuchungen ist es gesichertes Wissen, daß die radioaktiven Emissionen deutscher Reaktoren um Nennmaßstab nicht ausreichen, um irgendwelche Krankheiten in merklichem Ausmaß zu erzeugen. Fundamentalisten unter den Kernkraftgegnern argumentieren mit einem angeblich besonders hohen Risiko durch „Niedrigstrahlung“, ignorieren aber dabei die folgenlosen regionalen Unterschiede der natürlichen Strahlenbelastung.

Wie eine radioaktive Verseuchung herbeigeredet werden sollte

In den Berichten der Aufsichtsbehörden über die norddeutschen Nuklearanlagen war kein Unfall mit Freisetzung großer Mengen von Radioaktivität zu finden, die als Ursache der kindlichen Leukämien in Frage gekommen wäre; denn um bei fünf Kindern die Krankheit zu erzeugen, hätten alle (!) Elbmarsch-Kinder im Laufe der Jahre mehr Strahlung absorbiert als die Überlebenden von Hiroshima.

Also Fehlalarm? Die Ideologie verlangte das Gegenteil: ein Supergau mußte verheimlicht worden sein! Alle Kontrollsysteme innerhalb und außerhalb der Anlagen müssen gleichzeitig versagt haben (oder von der Atommafia manipuliert worden sein?), wie zum Beispiel: das von den Betreibern unabhängige Reaktor-Fernüberwachungssystem, tausende von Dosimeterfilmen, die die Reaktormitarbeiter und das Fremdpersonal in der Anlage tragen müssen, und die gesamte staatliche Aufsicht, bestehend aus häufigen technischen Kontrollen der Einrichtungen und der internen Protokollführung, Messungen und Radioaktivität in der Anlage und am Bewuchs der Umgebung, im Regen- und Grundwasser, an den Fischen der Gewässer, in die die Abwässer eingeleitet werden und vieles andere mehr - der Außenstehende kann sich kaum eine Vorstellung von dem dichten Netz der vorgeschriebenen, regelmäßigen Kontrollen machen.

Dem niedersächsischen Sozialminister W. Hiller genügte freilich die Behauptung einer einzigen Person, um weiterhin (siehe „SPIEGEL“ 24/1993) nach einem großen Störfall zu fahnden: Der Münchener Strahlenbiologe Prof. E. Lengfelder legte Anfang 1992 Spezialfilme auf Baumscheiben aus der Elbmarsch und erhielt tatsächlich nach neun Monaten Schwärzungen, die er radioaktivem Tritium zuschrieb. Jeder, der die Reichweite von Betastrahlung kennt, mußte Zweifel an Lengfelders Schwärzungen bekommen, weil die besonders energiearme Strahlung des Tritiums kaum in die photoempfindliche Schicht eines Films eindringt. Prof. A. M. Kellerer, Direktor der Institute für Strahlenbiologie in München und Neuberger und Mitglied der Strahlenschutz-Kommission der Bundesregierung, rechnete genau nach: Um Lengfelders Filme zu schwärzen, hätte der natürliche Tritiumgehalt eines Jahresrings auf das Zehn-Billionenfache angehoben werden müssen - das wäre ein echter Grund zum Großalarm gewesen, selbst wenn nur ein Milliontel davon wahr gewesen wäre! Aber Lengfelder hätte aus einer Reihe von Filmen einfach einen passenden präsentiert (nicht im Fachjournal, sondern auf einer Pressekonferenz im November 1992) und sich die Diskussion anderer Filme, deren Schwärzungen nicht seinen Erwartungen entsprächen, erspart. Als Lengfelders wissenschaftliche Unzuverlässigkeit rüchbar wurde, entschuldigte sich immerhin der damalige schleswig-holsteinische Sozialminister G. Jansen bei seinen bebeutelten Mitbürgern per Postwurfsendung diskret für die ungläubigen Falschinformationen. Aber nur dort. In Bayern war davon kein Pressebericht zu finden; der Autor verdankt die Information einem Leserbrief in der „Süddeutschen Zeitung“.

Vollends zum Skandal wurde die Angelegenheit jedoch durch das Verhalten des schleswig-holsteinischen Umweltministers Prof. B. Heydemann bei derselben Pressekonferenz und anderen öffentlichen Auftritten: Bereits seit Juli 1992 lag ihm ein Gutachten des Garchinger Radiochemikers Prof. F. Baumgartner vor mit dem Ergebnis: Keine erhöhte Tritiumkonzentration in Bäumen der Elbmarsch! Prof. Baumgartners Untersuchungen waren - für den Minister unbedingt erkennbar - mit geeigneteren Methoden und nach dem heutigen Stand der Technik durchgeführt worden und erholten zusätzlich Vergleichsmessungen an Baumscheiben aus Bayern. Der Minister erwähnte dieses Gutachten jedoch mit keinem Wort! Eine Begründung für dieses Verhalten sei dem geeigneten Leser nicht vorenthalten: Baumgartners Gutachten sei „nicht belastbar“, weil er die Messungen nicht „blind“ durchgeführt habe - das heißt er habe gewußt, woher die einzelnen analysierten Proben stammten. Man fragt sich nur, warum das Ministerium ein Gutachten bestell, das danach wegen der theoretischen Möglichkeit eines Betruges - und die wird ja offensichtlich in Betracht gezogen - in der Schublade verschwindet! Die Erarbeitung betreiber-unab-

Anlage 4

Fortsetzung der vom Kommissionsmitglied Prof. Kellerer ausgehenden Diffamierungskampagne gegen Prof. Lengfelder in einem ganzseitigen Artikel im Berchtesgadener Anzeiger vom 07.08.1993 durch den Physiker am Garchinger Reaktor F. Wagner, der Kooperationspartner und Ehemann der Sekretärin von Prof. Kellerer ist.

Anl. 3

KESKIVIKKONA 8. SYYSKÜUTA 1993 TÄNÄÄN ILTA-SANOMAT 13

"Professorin tutkimuksia ei löydy alan luetteloista"

A

Säteilyturvakeskuksen pääjohtaja Antti Vuorinen ei noteeraa korkealle Edmund Lengfelderin tieteellistä pätevyyttä eikä sanomaa ydinvoimaloiden säteilyvaaroista.

Hän sanoo, että sadasta saksalaisesta asiantuntijasta 99 on eri mieltä Lengfelderin kanssa.

Vuorinen kiinnostui Lengfelderistä, kun sai kutsun hänen esitelmälaisuuksiensa.

— Soitin Saksaan tutulleni. Hän totesi "aha, Lengfelder. Hän tulee puhumaan poliittisesti tarkoituksenmukaisesti ydinvoimaa vastaan".

Vuorisen mukaan Stuk yritti selvittää Lengfelderin taustaa, mutta ei löytänyt luetteloista yhtä ainuttakaan professorin tieteellistä julkaisua.

— Hänellä löytyy vain kirjoitelmia erilaisissa ydinvoiman vastaisissa yhteyksissä.

Vuorinen kertoo, että Lengfelder koetti taannoin todistaa tutkimuksella, että erään saksalaisen ydinvoimalan läheisyydessä havaitut lasten leukemiatapaukset olisivat johduneet voimalan säteilypäästöistä.

— Hän teki tutkimuksessaan kymmenmiliardikertaisen virheen.

Saksalaisen lehtiöiden mukaan Lengfelderin virheen paljasti hänen esimiehensä jälkilaskelmilla.

Myös kansanterveyslaitoksen ympäristöhygienian laboratorion johtaja



Antti Vuorinen runtaa saksalaisprofessorin tulkinnat säteilyn yhteydestä leukemiaan.

ja Matti Jantunen sanoo selvittelevänsä Lengfelderin taustoja.

— Sain käsiini hänen ansioluettelonsa. Ihmeellistä on, ettei siinä ole hänen julkaisu luetteloaan. Näin hänen tieteellistä pätevyyttään on mahdoton arvioida.

Jantunen sanoo, että ydinvoimaloiden säteilyvaikutusta ympäristöön maailmalla tutkittu paljon. Voimaloiden säteilyn yhteyttä leukemiaan ei ole kyetty toteamaan.

— Tunnustelen, ettei luonnonsuojeluliiton kutsunut tänne ketään alan merkittävää tutkijaa.

Übersetzung (Auszug):

Der Direktor des Zentrums für Strahlenschutz Antti Vuorinen bewertet weder die wissenschaftliche Kompetenz von Edmund Lengfelder noch seine Botschaft über Strahlengefahren von Kernkraftwerken als hoch.

Er stellt fest, daß von hundert deutschen Wissenschaftlern 99 anderer Ansicht als Lengfelder sind.

Vuorinen interessierte sich für Lengfelder, nachdem er eine Einladung zu dessen Vortragsveranstaltung bekommen hatte.

- Ich rief in Deutschland einen Bekannten an. Er stellte fest "aha Lengfelder. Er wird aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit gegen Kernkraft sprechen".

Vuorinen zufolge hat das Zentrum für Strahlenschutz versucht, Hintergrundinformationen über Lengfelder zu erfahren, man habe aber im Publikationsverzeichnis nicht eine einzige Veröffentlichung des Professors finden können.

- Von ihm gibt es nur Geschreibsel in einigen gegen Kernkraft gerichteten Zusammenhängen.

Vuorinen berichtet, daß Lengfelder vor einiger Zeit mit einer Untersuchung zu beweisen versuchte, daß in der näheren Umgebung eines bestimmten Kernkraftwerkes aufgetretene Leukämiefälle bei Kindern auf Strahlenemissionen des Kraftwerkes zurückzuführen seien.

- Er hat in seiner Untersuchung einen zehnmilliardenfachen Fehler gemacht. Einer deutschen Zeitungsinformation zufolge entdeckte sein Vorgesetzter diesen Fehler bei einer Nachberechnung.

Anlage 5

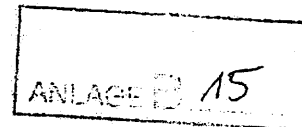
Ausweitung der von Prof. Kellerer gestarteten Diffamierungskampagne durch landesweite Verbreitung in der finnischen Presse infolge des Versands des Artikels im Berchtesgadener Anzeiger nach Finnland durch SIEMENS KWU. Prof. Lengfelder war vom finnischen Parlament als Sachverständiger im Rahmen der Debatte um ein neues Atomkraftwerk eingeladen.

Eidesstattliche Versicherung

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich zur Vorlage bei Gericht an Eides Statt, was folgt:

1. Ich bin für Siemens, Unternehmensbereich Energieerzeugung, als Leiter des Referates "Öffentlichkeit Ausland" tätig.
2. Ein Unternehmen in Finnland, mit dem Siemens in Geschäftsbeziehungen steht, hat bei mir telefonisch angefragt, ob veröffentlichte Aussagen über die Tätigkeit von Herrn Professor Lengfelder vorliegen, und wenn ja, um deren umgehende Zusendung per Fax gebeten. Im Hinblick auf dieses Ersuchen wurde der Artikel von Herrn Franz Wagner aus dem Berchtesgadener Anzeiger und das Siemens/KWU argument Nr. 50/05.04.1993 aus der Serie "Energie - Umwelt - Gesellschaft - argumente" dem finnischen Unternehmen übermittelt. Darüber hinaus wurde der Artikel des Herrn Wagner aus dem Berchtesgadener Anzeiger durch Siemens/KWU nicht im Ausland verteilt.

Erklärung, den 3. Nov. 93



Otto H. Wildgruber

Otto H. Wildgruber

Anlage 6

Im Rahmen des von Prof. Lengfelder gegen F. Wagner geführten Prozesses vor dem Landgericht München von einem Siemens Mitarbeiter abgegebene eidesstattliche Versicherung. Darin wird der Weg und die Bedeutung des Artikels im Berchtesgadener Anzeiger deutlich. Die Formulierung widerspricht nicht der Tatsache, dass Siemens KWU den Artikel in Deutschland vielfach verbreitet hat.

KKK KONTAKTE

⑦

Öko-Institut prüft
Überwachungskonzept

lichung der Langfassung: „Denn sie bedeutet eine vernichtende Niederlage für die sogenannten kritischen Wissenschaftler in den Fachkommissionen und einen uneingeschränkten Freispruch erster Klasse für Krümmel.“

Der Auftrag für das 250.000-Mark-Gutachten war am 15. Dezember 1993 vom Land Schleswig-Holstein an das nicht gerade kernenergiefreundliche Öko-Institut vergeben worden. Die Darmstädter sollten laut Vertrag das Emissions- und Immissions-Überwachungskonzept der Anlage Krümmel überprüfen und die automatisch aufgezeichneten Emissionsdaten zwischen 1983, dem Jahr der Inbetriebnahme, und 1989 analysieren. Anlaß des Gutachtens war die Unterstellung, im Kernkraftwerk Krümmel habe sich in diesem Zeitraum unerkannt ein schwerer Störfall ereignet und sechs Leukämiefälle bei Kindern in der Elbmarsch verursacht. Diese Spekulation, besonders vehement von der Bremer Professorin Inge Schmitz-Feuerhake vertreten, hatte zu jahrelangen Angriffen gegen die Kraftwerksmannschaft geführt und sie sogar in die Nähe potentieller Mörder gerückt.

Meyer zu Schwabedissen: „Wenn Emissionen aus dem Kernkraftwerk Krümmel die Leukämie verursacht hätten, wäre die Voraussetzung dazu eine Dosisbelastung von rund 150 Milli-Sievert (mSv) gewesen. Frau Professor Schmitz-Feuerhake hat eine solche Dosisbelastung unter anderem aus der Zahl dizen-trischer Chromosomen abgeleitet. Da diese Strahlenbelastung aus den Emissionsdaten der genehmigten Freisetzung über Kamin und Abwasser nicht erzeugbar war, müßte es sich also um ungenehmigte Freisetzungen und damit um einen schweren Störfall gehandelt haben. Und dann hätten sich auch langlebige Edelgastöchter in der Umgebung von Krümmel und Tritium nicht nur im Geesthachter Trinkwasser nachweisen lassen müssen.“

Kernschmelze als
unentdeckter Störfall?

Das Öko-Institut sollte unter anderem prüfen, ob es in Krümmel diesen „unentdeckten“ Störfall gegeben hat. Im Ausmaß hätte er etwa dem Kernschmelze-Unfall 1979 im Three-Mile-Island-Reaktor im amerikanischen Harrisburg ähneln müssen. Ein Weiterbetrieb der Anlage Krümmel wäre mit einem derart geschädigten Reaktor schon rein technisch gar nicht möglich gewesen.

Zwischen Dezember 1993 und Ende September 1994 waren vier Instituts-Mitarbeiter allein in Krümmel 2.000 Stunden beschäftigt. Sie prüften das Überwachungskonzept samt Systembeschreibung und begutachteten sämtliche Meßstellen sowie die Emissions- und Immissionsdaten, darunter auch

Anlage 7

Ausführungen in der Hauszeitschrift des KKK Krümmel (1995) zur Projektbetreuung des Öko-Instituts durch den Siemens-Mann Dr. Meyer zu Schwabedissen

KKK KONTAKTE

2

besonders die angeblich „hohen und auffälligen“ Werte in der Umgebung des Kraftwerks, die Kernkraftgegner in den Krümmel-Jahresberichten gefunden haben wollten. Die „Jahresberichte zur Umgebungsüberwachung“ werden seit Jahren im Informationszentrum des Kernkraftwerks Krümmel für die Öffentlichkeit ausgelegt.

Christian Meyer zu Schwabedissen, von der Krümmel-Herstellerfirma Siemens-KWU als Projektbetreuer des Öko-Teams ausgeschieden, beschreibt den Gang der Untersuchung so: „Das Öko-Institut untersuchte im Kernkraftwerk zuerst die Aktivitätsquellen, dann deren Intensität und schließlich die Freisetzungsmöglichkeiten. Parallel dazu prüften die Instituts-Mitarbeiter alle denkbaren Emissionspfade. Das Ergebnis: Es wurden weder hohe Emissionen noch ungenehmigte Abgabepfade festgestellt. Da keine erhöhten Emissionen vorliegen, müssen die wenigen 'erhöhten' Zahlen aus der Umgebungsüberwachung also auf andere Gründe wie zum Beispiel Fehler bei der Probenahme oder Kontamination im Labor zurückgeführt werden. Das Öko-Institut stellte auch klar, daß aus einzelnen Immissionswerten ohne Kenntnis der aktuellen Wetterverhältnisse prinzipiell nicht auf die Höhe von Emissionen geschlossen werden kann. Beim geringsten Verdacht auf erhöhte Emissionen hätten die Instituts-Mitarbeiter natürlich auch die damaligen Wetterbedingungen geprüft. Aber die Notwendigkeit ergab sich gar nicht.“

in Krümmel gab es keine hohen Emissionen

Neben den radioaktiven Abgaben über den Abluftkamin und das Abwasser untersuchte das Öko-Institut auch die mögliche Freisetzung von Aktivität über die 56 Maschinenhaus-Dachklappen. Der Projektbetreuer: „Möglich ist so eine Freisetzung schon, aber nicht möglich, daß sie bei dem vielfach vernetzten Überwachungssystem unbemerkt bleibt.“ In der Zusammenfassung des Öko-Gutachtens liest sich dieselbe Aussage so: „Andererseits ist ein weiteres wesentliches Merkmal, daß die Emissionsüberwachung bezüglich der im Kernkraftwerk Krümmel möglichen Nuklidarten und Nuklidgemische für die verschiedenen Emissionspfade mehrfach überwacht wird in einer Weise, daß bei Unterbrechung einer Messung oder deren Aufzeichnung auf die Auswertung weiterer Meßgrößen zurückgegriffen werden kann.“

„Emissionspfade werden mehrfach überwacht“

Die Kernaussage des Gutachtens lautet:

Das Überwachungskonzept der Anlage Krümmel funktioniert derart lückenlos, daß es weder zu unbemerkten, ungenehmigten Freisetzungen noch zu irgendwelchen Manipulationen bei der Datenerfassung kommen kann.

Anlage 8

Ausführungen in der Hauszeitschrift des KKK Krümmel (1995) zur Projektbetreuung des Ökoinstituts durch den Siemens-Mann Dr. Meyer zu Schwabedissen (Forts.)


Die unendliche Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Leukämiekommission
Dr. Christel Happach-Kasan

Zeittafel


Dez. 1989 - Mai 1991	Auftreten eines Leukämieclusters in der südlichen Elbmarsch: 6 Kinder unter 10 Jahren und ein Jugendlicher erkranken an Leukämie, davon eines nach aplastischer Anämie, eines nach Chemotherapie wegen einer frühen Krebserkrankung, damit verbleiben 4 Kinder-Leukämien, die möglicherweise einer Umwelteinwirkung zuzuschreiben sind.
Nov. 1990	Landesregierung Niedersachsen beruft Expertenkommission
Dez. 1991	<i>Prof. I. Schmitz-Feuerhake</i> : Störfallhypothese I, Rate dizen-trischer Chromosomen bei Kindern in der südlichen Elbmarsch sei erhöht. Vorstudie hat methodische Schwächen, wird widerlegt durch Vergleichsstudie, Mai 1993, <u>Kosten</u> insgesamt <u>408 000 DM</u> (Drucksache 13/2757)
Feb. 1992	Beginn der Arbeit der Leukämiekommission in Schleswig-Holstein <i>Prof. Dr. Otmar Wassermann</i> wird von der Landesregierung zum Vorsitzenden bestellt. Forderung des Energieministers G. Jansen: Kausalitätsbeweise zwischen den Leukämieerkrankungen und dem Kernkraftwerk.
Nov. 1992	Bericht im Stern Nr. 48/92, S. 32 über Autoradiogramme von Baumscheiben aus der Elbmarsch als Nachweis für Tritium <i>Prof. Dr. Lengfelder</i> , München), widerlegt durch <i>Prof. Dr. med. E. Henze, Dr. rer. nat. H. Wendhausen</i> CAU, es wurden chemische Artefakte gemessen. Messprogramm Tritium <u>300 000 DM</u> , (Drucksache 13/2757)
Nov. 1993	Strahlenschutzkommission der Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen dem KKK und den Leukämieerkrankungen
Feb. 1993	Interview von <i>Prof. Dr. O. Wassermann</i> in den KN, Angriffe auf Kollegen in der Kommission, die seine Meinung nicht teilen. Austritt von <i>Prof. Dr. A. M. Kellerer</i> , Leiter des Strahlenbiologischen Instituts der Universität München, aus der Kommission, Vorwurf: "wissenschaftliche Methoden werden zugunsten einer neuen Irrationalität aufgegeben".
Mai 1993	Untersuchungen von Blutzellen von Kindern aus der Elbmarsch und Kindern aus dem Kreis Plön ergeben eine erhöhte Rate

Anlage 9

Weiterverbreitung falscher Behauptungen durch die FDP-Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan. Diese (mehrseitige) „Zeittafel“ mit falschen Behauptungen wird seit Jahren verbreitet. Die Versendung ist sogar im Jahre 2006 nachgewiesen.



DER BÜRGERMEISTER



Stadt Geesthacht

Fachdienst Öffentliche Sicherheit

http://www.geesthacht.de

Telefon: 04152 / 13 - 0

Telefax: 04152 / 13 - 392

12. Juni 2005

Druck: 13/05
Kz: 13/05
IK: 504, 11/05/04

Stadt Geesthacht - Markt 15 - 21507 Geesthacht

GKSS

Forschungszentrum Geesthacht GmbH

Postfach 11 60

21494 Geesthacht

zuständig: Herr Holter

Durchwahl: 13 - 225

Fax: 13 - 396

Zimmer: 6

Anwesenzeiten: 11 Uhr/Wg

E-Mail: heiko.holter@geesthacht.de

Geesthacht, 10. Juni 2005

Feuer-/Gefahrguteinsatz auf dem Gelände der GKSS in 09/1986

Sehr geehrter Herr Gauß,

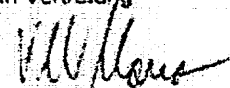
auch die Gemeindefeuerwehr Geesthacht wurde in der Vergangenheit öfter mit der Behauptung konfrontiert, dass es im September 1986 einen Feuer-/Gefahrguteinsatz auf dem Gelände der GKSS gegeben haben soll. Bei einem derartigen Einsatz soll auch Radioaktivität ausgetreten sein.

Weder bestehende Unterlagen noch Rückfragen bei Einsatzkräften können einen solchen Sachverhalt bestätigen.

Es gab am 19.09.1986 einen Großinsatz der Gemeindefeuerwehr Geesthacht im Burgweg, Tesperhude, als ein Brandanschlag gegen das dortige einzuzichtende Asylbewerberheim stattfand. Durch die erhöhte Lage des Asylbewerberheimes und der räumlichen Nähe zum GKSS-Gelände kann dieses nächtliche Ereignis zum Vertauschen von Örtlichkeiten, zumindest für Beobachter von der anderen Elbseite, geführt haben. Ein alter Zeitungsbericht ist in Kopie beigelegt.

Ich hoffe, Ihnen in der Angelegenheit weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Dr. Volker Mandow
Erster Stadtrat

Anlage

Anlage 10

Schreiben der Stadt Geesthacht an die GKSS in Sachen Brand (siehe Text) Der Satz „Weder bestehende Unterlagen . . .“ ist eine Formulierung, die alle Optionen offen lässt.

**Anlage 11**

Autoradiogramm einer Birken-Baumscheibe aus der Elbmarsch. Expositionszeit 4 Wochen. Die untere Hälfte der Scheibe war mit einer glasklaren Polycarbonat-Folie (0,08 mm) abgedeckt. Mehrfach wurde behauptet, die Schwärzung der Filme sei durch angebliche chemische Reaktionen verursacht worden. Dies kann ausgeschlossen werden, da alle Proben darrtrocken unter Luftabschluss autoradiographiert wurden und die ohne Folie autoradiographierten Baumscheiben aus Oberbayern keinerlei Schwärzungen aufwiesen. (Lengfelder 1993)

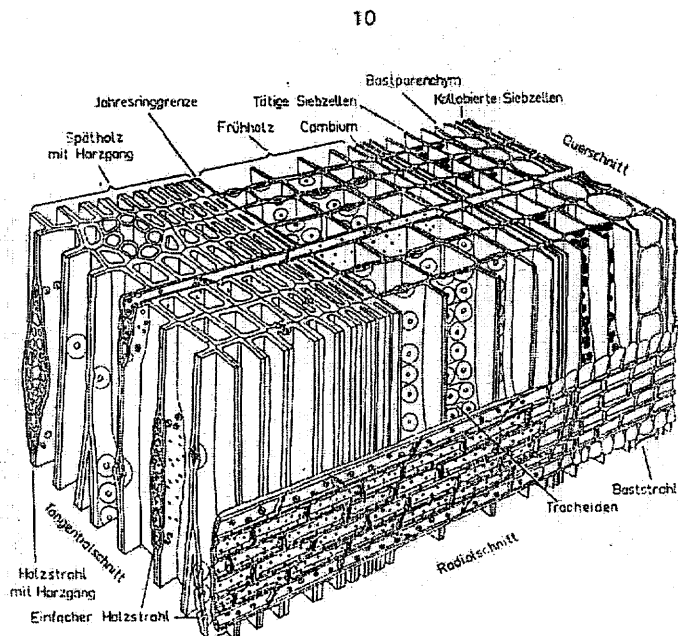


Abbildung 3: Aufbau von Holz. Bei einer Baumscheibe liegen die quergeschnittenen Tracheiden offen. Holzstrahlen verlaufen radial und ermöglichen einen Stoffaustausch über mehrere Jahresringe hinweg. An der Jahresringgrenze sind die Lumina der Tracheiden sehr schmal. (Abbildung aus [8])

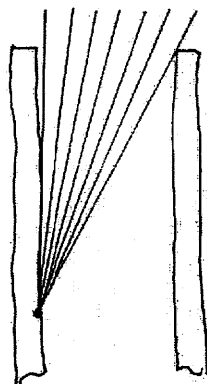


Abbildung 4: Der ungebremste Austritt von Teilchenstrahlung von Radionukliden, die in Holz eingelagert sind, kann aus tieferen Holzschichten durch das Tracheidenlumen erfolgen. Der Raumwinkel des freien Austritts wird durch das Tracheidenlumen und den Abstand von der Schnittfläche bestimmt.

Lengfelder, Frenzel: Autoradiographische Untersuchung LMU-München 1993

Anlage 12

Erläuterung zu den Prinzipien der autoradiographischen Analyse von Baumscheiben. Der Schwärzungsgrad wird insbesondere auch durch die Größe des freien Raumwinkels der emittierten Partikel definiert. (Lengfelder 1993).